

Niederschrift

Sitzung des Stadtrates

Sitzungstermin: Mittwoch, 12.06.2019
Sitzungsbeginn: 17:30 Uhr
Sitzungsende: 18:42 Uhr
Ort, Raum: Großer Sitzungssaal des Neuen Rathauses, Brauerstr. 5, 66663 Merzig

Anwesend

Vorsitz

Marcus Hoffeld, Bürgermeister

CDU-Fraktion

Bernd Seiwert	CDU
Ulrike Biermann	CDU
Doris Darimont-Doll	CDU
Matthias Görgen	CDU
Gerhard Kruppert	CDU
Axel Ripplinger	CDU
Angelika Conrad	CDU
Stefan Dorbach	CDU
Therese Schmitt	CDU
Hans-Joachim Horf	CDU
Thomas Klein	CDU
Jürgen Auweiler	CDU
Dr. Manfred Kost	CDU
Udo Stein	CDU
Wolfgang Steinmetz	CDU

SPD-Fraktion

Rosemarie Gruhn	SPD
Manfred Klein	SPD
Nikolaus Lorenz	SPD
Hubert Schönhofen	SPD
Hedwig Groß	SPD

Arno Schneider	SPD
Wolfgang Käfer	SPD
Giuseppe D`Auria	SPD
Arndt Oehm	SPD
Matthias Kautenburger	SPD

Fraktion Freie Alternative

Michael Schettle	
Rainer Theobald	AfD

FWM-Fraktion

Artur Bies	FREIE WÄHLER Merzig
Bernhard Morbe	FREIE WÄHLER Merzig

fraktionslos

Klaus Borger	Bündnis '90/DIE GRÜNEN
Michael Grauer	DIE PIRATEN

Ortsvorsteher

Helmut Hoff	CDU
Matthias Hurth	CDU
Hermann Schuh	FREIE WÄHLER Merzig

Verwaltung

Thomas Klein
 Lydia Müller
 Ute Süßmilch
 Werner Gasper
 Hermann Friedrich
 Christian Bies
 Berthold Schreiner
 Brigitte Theisen

Abwesend

CDU-Fraktion

Franz Friedrich	CDU	entschuldigt
Manfred Klein	CDU	entschuldigt
Werner Schönwiese	CDU	entschuldigt

SPD-Fraktion

Frank Schirra

SPD

entschuldigt

Martina Holzner

SPD

entschuldigt

Paolino Mangione

SPD

entschuldigt

DIE LINKE-Fraktion

Frank Hackenberger

DIE LINKE

entschuldigt

Günter Seiler

DIE LINKE

entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- Eröffnung der Sitzung
- 1 Bürgerfragestunde
 - 2 Rücknahme des Widerspruchs gegen die Festsetzungsbescheide Zensus 2011 2019/098
 - 3 Städtebauförderung 2019 2019/074
 - Änderung des Gebietszuschnittes "Stadtumbau West"
 - Neues Programmgebiet Soziale Stadt "Merzig Innenstadt Süd-West"
 - Änderung Programmmeldung 2019
 - 4 Förderaufruf zur Einreichung von Smart Cities-Modellprojekten; Bewerbung der Kreisstadt Merzig 2019/075-001
 - 5 Ausschreibung der Stelle einer/eines Fachinformatikerin/Fachinformatikers (w/m/d) und Schaffung einer entsprechenden Planstelle im Vorgriff an den Stellenplan 2020 2019/031
 - 6 Verkauf von Grundstücken mit den aufstehenden Gebäulichkeiten "ehemaliges VdK-Heim Haus Sonnenwald" im Stadtteil Besseringen im Interessenbekundungsverfahren 2019/039
 - 7 Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für eine "Wohnbebauung Merchingerstraße 9-11" in Merzig; Einleitung des Verfahrens 2019/076
 - 8 1. Teiländerung des Bebauungsplanes "Industriegebiet 15A" in der Kreisstadt Merzig; Einleitung des Verfahrens 2019/099
 - 9 Verabschiedung einer Resolution zum Biodiversitätsnotstand; Antrag B90/Die Grünen vom 10.05.2019 2019/105
 - 10 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Nichtöffentlicher Teil

- | | | |
|------|--|--------------|
| 11 | Abschluss eines Vertrags über die Zerlegung der
Gewerbsteuer | 2019/040 |
| 12 | Grundstücksangelegenheit | |
| 12.1 | Ankauf von Teileigentum im Gebäudekomplex "Neues Rathaus"
in der Brauerstraße 7 | 2019/057-001 |

Protokoll

Öffentlicher Teil

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht geladen wurde. Das Gremium ist beschlussfähig versammelt. Der Vorschlag von Bürgermeister Hoffeld, die Tagesordnungspunkte 12.1 und 12.3 von der Tagesordnung abzusetzen, da beide Themen noch nicht beratungs- bzw. beschlussreif seien, findet die Zustimmung des Stadtrates.

1 Bürgerfragestunde

Es liegt eine schriftliche Anfrage von Herrn Temmes vor. Wie dieser mündlich ausführt, habe er sich kürzlich im Bereich der Einmündung in das Wohngebiet Gipsberg über die dortige steile Hangbebauung und deren Zuwegung sehr gewundert. Er habe solch nachdenklich machende Zustände im Sinne einer dauerhaften Böschungsstabilität leider noch nicht gesehen. Insbesondere deshalb, weil sich in der Zwischenablagerung dünne, wasserführende Schichten aus Kies und Sand eingelagert hätten und die dortige Gleitschicht bilden würden. So sei durch die Wegnahme der vorderen, noch teilweise stützenden Böschung eine Rutschung vorprogrammiert. Gleichgelagert in Bewegung geratene Formationen befänden sich zum Beispiel an der Obermosel bei Nittel, ein großes Rutschgebiet sei bei Palzem sowie ein Rutschgebiet mit 300 Wohneinheiten bei Wincheringen, wobei im Bereich des Gipsberges ein größerer und negativer Einfluss durch den höheren Gipsanteil, Schmier- und Gleitschichten noch zusätzlich vorhanden sei. Da so etwas in diesem Fall nicht generell auszuschließen sei, bitte er zur Schadensbegrenzung für die Stadt Merzig, nach der bei der Beschlussfassung des damaligen Bebauungsplans vorliegenden Stellungnahme des geologischen Landesamtes zu suchen. Sollten von dort aus keine Bedenken bestanden haben, dann habe die Stadt gute Karten. Dann sei nämlich die gesamte Verantwortung auf das Land übergegangen. Unabhängig davon könne er aber positiv annehmen, dass die in den Straßen liegenden Kanalleitungen teilweise eine Drainagewirkung hätten. Wenn er richtig recherchiert habe, seien Stützmauern bis zu einem Meter Höhe ohne Genehmigung zulässig. Deutlich erkennbare Höhen würden mindestens bei vier bis fünf Metern liegen. Also müsse jeder, der dort gebaut habe, eine Sondergenehmigung haben, um die Stützmauern höher zu errichten. Er bitte nochmals darum, die Stellungnahme des geologischen Landesamtes von damals zu kontrollieren, um hier einen Schaden von der Stadt abzuwenden. Im Übrigen sei seine Vorhersage eingetroffen: das „Blopp Blopp“ an der Saarbrücke sei weg, aber aufgrund der losen Schweißblickstelle scheppere es jetzt heftig. Bürgermeister Hoffeld antwortet, dass die von Herrn Temmes angesprochene Thematik nur ein Baugrundstück und nicht ein ganzes Gebiet betreffe. Für den Bauantrag sei nicht die Stadt verantwortlich; es sei ein Antrag, der an die UBA gegangen sei, die letztlich auch für die Baustelle und die Genehmigung verantwortlich sei. Nichtsdestotrotz habe die Stadt sich trotzdem mit der Sache auseinander gesetzt und mit der UBA Rücksprache gehalten. Fachbereichsleiter Bies ergänzt, dass es grundsätzlich im B-Plan-Verfahren seines Wissens nach keine restriktiven Hinweise gegeben habe, da der B-Plan ansonsten nicht rechtsgültig geworden wäre. Er sehe ansonsten keinen Grund, weshalb die Stadt in irgendeiner Form nachträglich belangt werden könnte, weil die Verantwortung zur Art der Bebauung von Grundstücken ausschließlich beim Bauherrn liege und diese im Bauantragsverfahren zu klären sei. Von daher sei die Stadt definitiv nicht betroffen. Bei einem Grundstück, das Anfang des Jahres in der Merchinger Straße relativ weit oben beim

Kreisel ausgeschachtet worden sei , sei es so, dass die UBA - bevor die Stadtverwaltung sie darauf hätte hinweisen können - den Bau eingestellt habe, weil falsch ausgeschachtet worden sei, weil keine Sicherungsmaßnahmen getroffen worden seien. Es seien seitens der UBA Bodengutachten und Standsicherheitsnachweise gefordert, die noch nicht vorliegen würden. Es sei ursprünglich eine Schwerkraftmauer vorgesehen gewesen; es liege auch keine Statik vor. Dafür sei allein die UBA zuständig und verantwortlich. Es obliege dem Bauherrn, die richtige Bebauungs- und Sicherungsmethode zu finden. Wenn dies anders wäre, dürfte zum Beispiel in den Alpen kein einziges Wohnhaus gebaut werden, wo es überall Hanglage gebe. Es handele sich um eine rein konstruktive Frage. Die Stadt sei nicht betroffen. Die UBA sei aber in dem konkreten Fall schon aktiv.

2 Rücknahme des Widerspruchs gegen die Festsetzungsbescheide Zensus 2011 **2019/098**
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) erinnert an seine bereits zum früheren Zeitpunkt gestellte Frage, wie hoch das finanzielle Risiko für die Kreisstadt Merzig sei. Er habe bis heute noch keine Antwort darauf bekommen. Auch in der Vorlage sei lediglich dargelegt, dass die Stadt die Kosten im Verhältnis 1:18 übernehme und dass Mittel im Haushalt eingestellt seien, ohne die Gesamtkosten konkret zu benennen. Der Vorsitzende sagt zu, die Kosten im Nachgang mitzuteilen.

Beschluss:

Der Widerspruch gegen die Festsetzungsbescheide Zensus 2011 wird zurückgenommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
30	0	1

Städtebauförderung 2019

3 -Änderung des Gebietszuschnittes "Stadtumbau West" **2019/074**
ungeändert beschlossen

-Neues Programmgebiet Soziale Stadt "Merzig Innenstadt Süd-West"

-Änderung Programmmeldung 2019

Der Vorsitzende nimmt Bezug auf die Sitzungsvorlage. Ziel sei es, insbesondere die Bereiche Saarbrücker Allee und den Schulstandort St. Josef in unterschiedliche Programme einzubeziehen. Melden wolle die Verwaltung ebenfalls Gelder für den Gustav-Regler-Platz und für den Bereich Baubetriebshof. Die Verwaltung habe auch schon Gespräche mit dem Ministerium geführt und die Erfolgsaussichten seien gut.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) begrüßt ausdrücklich, dass das Bahnhofsumfeld aufgewertet werden soll. Die damalige Bitte, mit der Bahn nochmal Gespräche zu führen, damit sich nicht nur das Bahnhofsumfeld attraktiv gestalte, sondern auch der Bahnhof selbst. Natürlich könne die Stadt nicht mehr tun, als darum zu bitten, das Erscheinungsbild zu verbessern; er wolle diesen Aspekt in dem Zusammenhang dennoch aufgreifen. Wenn es darum gehe, die alten Gleisanlagen im Umfeld des Hauptbahnhofes Merzig neu zu ordnen,

dann bitte er auch darum, im Hinterkopf zu behalten, ob dies möglicherweise Auswirkungen auf eine mögliche Reaktivierung hätte. Die Gemeinde Losheim habe entsprechende Signale gesandt. Er bitte in einer der nächsten Sitzungen des Fachausschusses um Mitteilung, ob die Gleisanlagen betroffen seien.

Er begrüße ebenfalls, dass Mittel für den Gustav Regler-Platz eingestellt werden. Hier bitte er um Mitteilung, wie hoch die Planungskosten seien, da die Planung oftmals viel Geld verschlinge. Er sei der Meinung, dass in erster Linie in die Umsetzung finanziert werden sollte. Sein derzeitiger Vorschlag, die Umgestaltung großzügiger zu fassen – vom Stadtpark aus bis hoch zur Josefsstraße - sei abgelehnt worden. Nach der seinerzeitigen Diskussion habe man sich zunächst auf den reinen Gustav Regler-Platz mit Umfeld konzentrieren wollen. Er nehme zustimmend zur Kenntnis, dass der Bereich nunmehr weiter gefasst werde.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) moniert, dass zum wiederholten Male die Legende der Karte in der Vorlage nicht lesbar sei. Er bitte darum, Karten in Zukunft digital oder mit lesbarer Legende zur Verfügung zu stellen.

Mit Blick auf die angesprochenen 1,4 Mio. € für den Gustav Regler-Platz erklärt der Bürgermeister, dass die Verwaltung Gespräche mit dem zuständigen Ministerium geführt habe. In der Tat sei es so, dass der größte Teil der Gelder in Baumaßnahmen und nicht in Planung investiert werden soll. Die Verwaltung habe diese Gelder angemeldet, nachdem das Ministerium mitgeteilt habe, dass noch Mittel in diesem Topf zur Verfügung stünden. Wie diese im Einzelnen verteilt werden, werde natürlich noch in den Fachgremien besprochen. Soweit sei man jedoch noch nicht. Die Verwaltung wolle sich erstmal diese Gelder sichern. Mit Blick auf die Aussage von Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen), dass der Bereich weiter gefasst werden sollte, bittet der Vorsitzende um Mitteilung, wann dies gewesen sei. Er könne sich daran nicht erinnern.

Fachbereichsleiter Bies ergänzt, dass die weitere Fassung des Bereichs Am Werthchen bereits im Konzept „Soziale Stadt“ und im Stadtentwicklungskonzept enthalten gewesen sei. Mit dem Fördergeber sei auch bereits abgeklärt, dass - wenn sich der Gustav-Regler-Platz entsprechend entwickle - der Programmbereich weiter gefasst werden könne. Bei der Gleisanlage handele es sich um die alten Gleisanlagen in Richtung Rieffstraße. Betroffen sei nicht die Gleisanlage ab der Weiche in Richtung Ostbahnhof, also die andere Seite.

Nach Information von Bürgermeister Hoffeld werden diese Gleisanlagen von der Bahn nicht mehr genutzt, wie der Verwaltung mitgeteilt worden sei.

Beschluss:

Die Änderung des Gebietszuschnittes „Stadtumbau West“, das neue Programmgebiet Soziale Stadt „Merzig Innenstadt Süd-West“ und die Änderung der Programmmeldung 2019 werden beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

Beschluss:

Die Bewerbung der Kreisstadt Merzig als Smart Cities-Modellprojekt wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

-
- 5 **Ausschreibung der Stelle einer/eines Fachinformatikerin/Fachinformatikers (w/m/d) und Schaffung einer entsprechenden Planstelle im Vorgriff an den Stellenplan 2020** **2019/031**
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt, schnellstmöglich die Stelle einer/eines Fachinformatikerin/Fachinformatikers (w/m/d) auszuschreiben. Diese ist zunächst befristet für die Dauer eines Jahres mit dem Ziel der unbefristeten Übernahme bei Bewährung. Weiterhin wird im Vorgriff auf den Stellenplan 2020 eine entsprechende, nach Entgeltgruppe 9b TVöD bewertete Planstelle geschaffen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	1	2

-
- 6 **Verkauf von Grundstücken mit den aufstehenden Gebäulichkeiten "ehemaliges VdK-Heim Haus Sonnenwald" im Stadtteil Besseringen im Interessenbekundungsverfahren** **2019/039**
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) erklärt, dass auch die jetzige Vorlage nichts an seinem Vortrag in der Stadtratssitzung im April ändere, in der er sich klar positioniert habe, wie er sich das Verfahren bzgl. der Veräußerung von Haus Sonnenwald vorstelle. Nach wie vor - und das bedauere er ausdrücklich – würden dem Rat keine Infos vorliegen und er habe auch mehrfach nachgefragt, ob die Landeszuschüsse, die die Stadt für den Erwerb von Haus Sonnenwald als Flüchtlingsunterkunft vom Land bekommen habe, zurückgezahlt werden müssten oder nicht. Dann rede man nämlich nicht von 500.000 €, die die Stadt bekomme, sondern von der Hälfte oder sogar ein bisschen weniger.

Er könne sich nach wie vor nicht vorstellen, dass der Zustand des Gebäudes so schlecht sei, wie er immer dargestellt worden sei. Der VdK sei eine gemeinnützige Körperschaft und er könne sich nicht vorstellen, dass das Gebäude in einem solch schlechten Zustand sei,

insbesondere auch deshalb, weil nach dem Ankauf die Stadt Merzig dort in größerem Maße investiert habe, damit die dort zur Unterbringung vorgesehenen jungen Menschen auch angemessen untergebracht werden könnten.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) fragt an, ob im Hinblick auf diese - wie der Bürgermeister gesagt habe - notdürftigen Investitionen, die dort getätigt worden seien, Fördermittel geflossen oder ob diese aus eigenen Haushaltsmitteln getätigt worden seien. Wenn nämlich das Land die Zuschüsse zurückfordere, würde dies bedeuten, dass dann dieser Betrag nochmal sinke.

Er wünsche sich eine längere Ausschreibungszeit als die vorgesehene, mindestens 6 Monate. Er wünsche sich nach wie vor eine Potentialvoruntersuchung durch die Verwaltung, was mit dem Haus gemacht werden solle. Er plädiere vor allem für eine Ideenbörse mit den Besseringer Bürgerinnen und Bürgern. Die Bürger sollten im Vorfeld aktiv beteiligt sein, was mit dem Haus Sonnenwald geschehen solle. Im Rahmen der Veranstaltung des CDU-Ortsverbands Besseringen habe es bei einigen Vorbehalten gegen eine touristische Nutzung bzw. eine Unterbringung von Menschen gegeben. Deswegen hätte er sich gewünscht, dass man im Vorfeld erst einmal mit den Bürgern spreche, bevor sich irgendwelche Interessenten melden würden.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) spricht sich für eine professionelle Vermarktung aus, die über das hinausgehe, was vorgesehen sei, nämlich eine textliche Veröffentlichung im Amtsblatt, in der Saarbrücker Zeitung oder in überregionalen Medien. Er habe damals darauf verwiesen, dass es einen schönen Imagefilm – einen Kurzfilm - von der Stadt gebe. Etwas Vergleichbares sei auch im konkreten Fall denkbar.

Im ganzen Saarland werde man es nach Auffassung von Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) schwer haben, so eine Einrichtung nochmals irgendwo in den Wald hinein zu bauen mit so einer tollen verkehrlichen Anbindung. Im Ergebnis seien nach wie vor viele Punkte offen und auch durch die neue Vorlage nicht abgearbeitet.

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass die Vorlage nicht neu, sondern inhaltsgleich mit der Vorlage der letzten Sitzung sei. Viele Nutzungen seien bereits festgelegt, die nicht zulässig seien. So seien beispielsweise reines Wohnen, Vergnügungsstätten, eine Diskothek, Einrichtungen jeglicher Art, die den Charakter von Nachtlokalen oder ähnlichem haben, ausgeschlossen. Alle anderen Nutzungsarten seien offen und der Stadtrat habe letztendlich die Möglichkeit, darüber zu entscheiden, wenn entsprechende Interessenten ein Nutzungskonzept vorlegen. Der Rat könne dann - auch in Abstimmung mit dem Ortsrat und damit auch mit den Bürgern – entscheiden, welche konkrete Nutzung das Haus erhalten solle. Schränke man sich aber bereits im Vorfeld zu stark ein, reduziere man dadurch auch die potentielle Zahl an Interessenten.

Fraktionssprecher Schettle (Freie Alternative) bittet um Auskunft, auf welchen Plattformen und in welchen Medien diese Bekanntmachung veröffentlicht werde. Fachbereichsleiter Gasper antwortet, dass Veröffentlichungen in der SZ, in überregionalen Zeitungen wie FAZ, Süddeutsche Zeitung, im Luxemburger Wort, in der Republicain Lorrain, in der Allgemeinen Hotel- und Gastronomiezeitschrift (dort hingen nochmal 20 spezielle Fachportale hinter dieser Zeitschrift, wo dann auf diese Publikation hingewiesen werde), im Internet auf allen gängigen Portalen, wie zum Beispiel Immowelt, Immobilienscout24, Immopool@home.lu, der 1a Immobilienmarkt und Makler.net.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) fragt, ob es Informationen zur Rückzahlung des Zuschusses gebe. Der Vorsitzende antwortet, dass die Stadt die Zuschüsse natürlich gesetzmäßig anteilmäßig zurückzahlen werde.

Ratsmitglied Lorenz (SPD), zugleich Ortsvorsteher des Stadtteils Besseringen, erklärt, dass er seinen Redebeitrag vom letzten Mal nicht wiederholen wolle. Er wolle nur daran erinnern, dass er aus grundsätzlichen Erwägungen nicht der Vorlage zustimme. Es habe aus seiner

Sicht einige Formfehler gegeben.

Auf Rückfrage von Bürgermeister Hoffeld, welche Formfehler es gegeben haben soll, antwortet Ratsmitglied Lorenz (SPD), dass der Ortsrat Besseringen nicht gehört worden sei, bevor eine Beschlussfassung erfolgt sei. Es habe ausdrücklich eine Sitzungsvorlage für den nachberatenden Ortsrat angefordert werden müssen. Diese Dinge habe er bereits beim letzten Mal bemängelt. Und der Ortsrat habe der Angelegenheit auch mehrheitlich nicht zugestimmt.

Fachbereichsleiter Gasper erklärt hinsichtlich der angesprochenen Formfehler, dass der Ortsrat vor der Beschlussfassung zu hören sei. Das sei der Fall gewesen. Er sei gehört worden, bevor der Stadtrat darüber beschlossen habe. Dies entspreche auch der gängigen Rechtsprechung.

Ratsmitglied Lorenz (SPD) entgegnet, dass im Bauausschuss bereits Beschluss gefasst, ohne dass der Ortsrat zuvor gehört worden sei.

Fachbereichsleiter Gasper erläutert, dass nach der Kommentierung zum saarländischen KSVG eine Vorberatung in einem vorberatenden Gremium wie dem Bauausschuss nicht schädlich sei, wenn erst im Anschluss eine Ortsratssitzung stattfinde. Entscheidend sei, dass die Anhörung des Ortsrats vor der Beschlussfassung eines Gremiums - sei es ein delegierter Ausschuss oder der Stadtrat wie in diesem Fall – erfolge.

Fraktionssprecher Schettle (Freie Alternative) stellt den Antrag, die Ausschreibungsfrist auf sechs Monate zu verlängern.

Bürgermeister Hoffeld hat keine Bedenken gegen eine Verlängerung der Frist.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) bittet um Mitteilung, welche Zuschüsse (in welcher Höhe) zurückgezahlt werden müssen.

Bürgermeister Hoffeld antwortet, dass dies damit zusammenhänge, wann das Gebäude letztlich verkauft werde.

Ratsmitglied Stein (CDU) merkt an, dass aus seiner Sicht bei einer Sonderimmobilie in drei Monaten eine Marktabdeckung definitiv nicht gegeben sei. Die Wahrscheinlichkeit, dass man mit sechs Monaten eher erfolgreich sei als mit drei, sei größer.

Der Antrag, die Ausschreibungsfrist auf sechs Monate zu verlängern, findet bei zwei Gegenstimmen und einer Enthaltung die mehrheitliche Zustimmung des Stadtrates.

Beschluss:

Die Grundstücke in der Gemarkung Besseringen, Flur 2 Nr. 640/3, Waldfläche, Auf Armenberg, groß 10,41 Ar, Flur 2 Nr. 642/72, Gebäude- und Freifläche, Zum Sonnenwald 61, groß 79,77 Ar und Flur 2 Nr. 636/2, Gebäude- und Freifläche, Waldfläche, Zum Sonnenwald, groß 44,62 Ar mit den aufstehenden Gebäulichkeiten „ehemaliges VdK-Heim Haus Sonnenwald“ werden im Bieter- bzw. Interessenbekundungsverfahren zu einem Mindestkaufpreis von 500.000 € zu den in dem Bekanntmachungstext dargestellten Kriterien öffentlich in den einschlägigen Medien zum Erwerb angeboten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	2	1

7 **Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans für eine
"Wohnbebauung Merchingerstraße 9-11" in Merzig; Einleitung
des Verfahrens**

2019/076
ungeändert beschlossen

Beschluss:

Es erfolgt der Beschluss:

1. Gemäß § 1 Abs. 3 und § 2 Abs.1 Baugesetzbuch (BauGB) i.V.m. §§ 12 und 13 BauGB zur Aufstellung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplans „Wohnbebauung Merchinger Straße 9-11“ im Stadtteil Merzig im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a BauGB und
2. für die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
31	0	0

8 **1. Teiländerung des Bebauungsplanes "Industriegebiet 15A" in
der Kreisstadt Merzig; Einleitung des Verfahrens**

2019/099
ungeändert beschlossen

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) erklärt, dass er erst etwas überrascht vom Antragssteller gewesen sei, da er von ihm wisse, dass er eine gewisse unternehmerische Schwerpunktsetzung habe. Aber das eine müsse das andere ja nicht ausschließen. Dass man jetzt am Stadtrand in Konzerte, Tanzveranstaltungen, Seminare etc. investiere, sehe er etwas kritisch. Es gebe eine Stadthalle und ein Zirkuszelt, in das die Stadt Merzig jedes Jahr viel Geld investiere. Er sei der Meinung, dass dies zu keiner guten Entwicklung führe, wenn man in einem Gewerbegebiet ein altes historisches Anwesen für Tanzveranstaltungen etc. umbauere und somit die Besucher aus der Stadt rausführe. Diese kämen dann von der Autobahn und könnten gleich ins Gewerbegebiet fahren. Die Innenstadt habe erstmal überhaupt nichts davon. Ihn störe es nicht, wenn ein Unternehmer dort sein unternehmerisches Glück suche; er sehe dieses Thema jedoch mit Blick auf die Stadtentwicklung, wonach alles unternommen werden müsse, dass Angebote in der Stadt konzentriert seien. Deswegen sei er nach wie vor der Meinung, dass dieses Angebot mit den städtischen Partnern der kulturveranstaltenden Organisationen gemacht werden solle. Konzerte, Tanzveranstaltungen und Feste seien ja auch bisher schon im Zeltpalast durchgeführt worden. Ein zweites Angebot am Rande der Stadt in einem Industriegebiet finde nicht seine Unterstützung.

Beschluss:

Gem. § 1 Abs. 3 und § 2 Abs. 1 BauGB i.V.m. § 13a BauGB (beschleunigtes Verfahren) wird die Einleitung eines Verfahrens zur 1. Teiländerung des Bebauungsplanes „Industriegebiet 15A“ in der Kreisstadt Merzig beschlossen.

Der vorgelegte Entwurf wird gebilligt sowie der öffentlichen Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Trägern öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 2 BauGB zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
28	1	2

9 Verabschiedung einer Resolution zum Biodiversitätsnotstand; 2019/105
Antrag B90/Die Grünen vom 10.05.2019 verwiesen

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) begründet seinen Antrag. Wie er ausführt, lassen sich die Klimakrise, der dramatische Verlust naturnaher Lebensräume und das Massensterben der Arten nicht mehr wegdiskutieren. Neben Absichtserklärungen müsse dies Anlass genug sein, alles zu tun, um die schon laufenden Entwicklungen abzumildern. Die Ökosysteme seien nicht nur geschwächt, sie würden beginnen zu kollabieren und dies sei kein Schreckensszenario von Umweltaktivisten, sondern Ergebnis weltweiter Studien zigtausender renommierter Wissenschaftler.

Wer die Ergebnisse und Prognosen in Frage stelle, handele nicht nur in Bezug auf kommende Generationen verantwortungslos.

Neben der Klimakrise - hier werde sich die neue Grüne-Stadtratsfraktion sehr intensiv engagieren – sei Gegenstand des vorliegenden Antrages aber der dramatische Biodiversitätsverlust, der auch bei uns, täglich und überall festzustellen sei.

Er wolle vorab einige zentrale Aussagen im Zusammenhang mit dem Bericht des Weltbiodiversitätsrates vom 06.05.2019 zitieren. Dieser Bericht habe unter der Überschrift gestanden: „Weltweiter Verlust von Arten bedroht unsere Lebensgrundlage“. Der Weltbiodiversitätsrat – so der Bericht - habe heute in Paris seinen Globalen Bericht zum Zustand der Natur vorgestellt. Die Botschaft des Berichts sei eindeutig: Der Zustand der Natur verschlechtere sich dramatisch. Bis zu einer Million Arten seien vom Aussterben bedroht, viele davon bereits in den nächsten Jahrzehnten. Wertvolle Ökosysteme seien zunehmend geschädigt, ihre wichtigen Leistungen für den Menschen in Gefahr. Bundesforschungsministerin Anja Karliczek: "Der Bericht des Weltbiodiversitätsrats ist ein klares Signal an die Menschheit, umzudenken und die Artenvielfalt zu schützen. Die dargelegten Trends des Artenverlustes sind zutiefst beunruhigend“.

Bundesumweltministerin Svenja Schulze: "Die Menschheit sägt an dem Ast, auf dem sie sitzt. Die Natur ist in einem immer schlechteren Zustand. Die Menschen sind dabei, ihre eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören. Die Herausforderungen beim Artensterben sind ähnlich groß wie beim Klimawandel. Darum hoffe ich, dass der Bericht eine vergleichbare politische Dynamik auslöst“.

Die Autorinnen und Autoren des Berichts würden einen eindeutigen Zusammenhang zwischen menschlichem Einfluss und negativen Folgen für die Natur sehen. Diese Folgen seien in zunehmendem Ausmaß so stark spürbar, dass sie die Menschheit selbst bedrohten.

Die Frage, ob sich der Rückgang der Artenvielfalt überhaupt noch aufhalten lasse, würden die Autoren des Berichts bejahen, aber nur, wenn auf allen Ebenen unverzüglich und konsequent gegengesteuert werde. Das sei bisher nicht der Fall: Die Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt wie auch die EU-Strategie zur biologischen Vielfalt seien grandios gescheitert. Die Biodiversitätsverluste sollten schon bis zum Jahr 2010 gestoppt werden, aber selbst die Verlängerung bis 2020 habe nichts geholfen; denn das Tempo der

Artenverluste sei größer denn je.

Die Fakten für Deutschland:

- 75% der Insektenzahl sei schon verschwunden
- Dreiviertel der Vogelarten unserer Kulturlandschaft seien gefährdet und teilweise vom Aussterben bedroht.
- Jede dritte Wildpflanze sei in Deutschland vom Aussterben bedroht.
- Fast 90 % der Waldfläche in Deutschland sei in einem naturschutzfachlich schlechten Zustand, also in dem Ökosystem, wo man meine, dort wäre die Welt im Vergleich zur intensiven Form der Landwirtschaft noch in Ordnung.

Im Aktuellen Bericht vom 06.06.2019 sei im Zusammenhang mit der Neuauflage der Roten Liste für das Saarland auf dramatischen Entwicklungen bzgl. Gefährdung und Aussterben weiterer Arten im Saarland hingewiesen worden.

Diese Fakten habe sicher jeder als politisch interessierter Mandatsträger bzw. Mandatsträgerin aus der umfangreichen Berichterstattung in den Medien verfolgen können.

Der Biodiversitätsverlust habe um Merzig keinen Bogen gemacht, Merzig sei mittendrin. Die Zahlen und die Trends für Deutschland und das Saarland seien auch für Merzig aktuell. Betrachte man die Naturausstattung in Merzig: Sieben Naturschutzgebiete würden im Bereich der Kreisstadt Merzig liegen. Sie hätten eine Gesamtfläche von 193 ha, was 1,8 Prozent des gesamten Stadtgebietes (108 km²) ausmache, oder etwas über 3 % der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Die Frage stelle sich, ob unseren Kindern und Kindeskindern eine weitere sterbende Natur vererbt werden solle oder ob man zumindest alles in unserer Macht stehende tun wolle, um vor Ort alle Möglichkeiten zu nutzen.

Natürlich habe seine Partei es begrüßt, dass vor dieser Wahl ihre langjährigen Aktionen von politischen Mitbewerbern aufgegriffen worden seien, um die Bürgerinnen und Bürger zum Thema Insektenschutz zu informieren und Wildblumensamen zu verteilen. Er teile die Einschätzung der Christdemokraten, dass es - er zitiere - „mit der Aussaat (von Blumensamen) nicht getan ist.“

Wenn alle Tütchen, die alleine Vertreter der Grünen verteilt haben, nach der Empfehlung ausgesät würden, ergäbe dies in den Merziger Hausgärten eine Fläche von ca. 1 Hektar. Daneben hätten die Grünen, wie im letzten Jahr, in Zusammenarbeit mit einem Landwirt große Blühflächen für Insekten angelegt. Doch auch diese schönen Aktionen seien nicht das Mittel, um einen Kurswechsel zu vollziehen, es taue allenfalls dazu, das Thema als sehr wichtiges Thema nach außen zu tragen. Biodiversitätsschutz sei nämlich viel mehr. Es gehe um den Schutz der Vielfalt der Arten, ihrer Lebensräume und der genetischen Vielfalt innerhalb der Arten. Wolle man das Ruder umlegen, dürfe nicht gekleckert, es müsse geklotzt werden.

Sein Antrag für die Verabschiedung einer Resolution sei ein erster Schritt, er bedeute ein Grundbekenntnis für dieses wichtige Thema für unser aller Zukunft. Und er weise jetzt schon darauf hin, dass die neue Grüne-Fraktion im neuen Stadtrat sehr konkrete Maßnahmen vorschlagen werde.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) geht auf die wesentlichen Inhalte der Resolution ein.

- Der Stadtrat Merzig erklärt den Biodiversitätsnotstand und erkennt damit die Eindämmung des laufenden Artensterbens und seiner unabsehbaren ökologischen, sozialen und ökonomischen Folgen als Aufgabe höchster Priorität an.
- Der Stadtrat Merzig verpflichtet sich dazu, seine Eigentumsflächen, unabhängig ob Außen- oder Innenlagen und unabhängig ob in Eigenregie bewirtschaftet oder

verpachtet, im Sinne von Biodiversitätszielen (Förderung der Artenvielfalt und Aufwertung ihrer Lebensräume) vorbildlich zu bewirtschaften.

- Der Stadtrat Merzig erkennt, dass die bisherigen Maßnahmen und Planungen nicht ausreichen, um dem laufenden Artensterben wirksam zu begegnen.
- Ab sofort werden deshalb alle Vorhaben und Entscheidungen vor Beschlussfassung hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Biodiversität überprüft.
- Hierzu wird für sämtliche politische Beschlussvorlagen ab Oktober 2019 ein gesonderter Absatz „Auswirkungen auf die Biodiversität“ in die Sitzungsvorlagen übernommen.
- Der Stadtrat Merzig fordert den Bürgermeister auf, dem Stadtrat und der Öffentlichkeit jährlich über Fortschritte und Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität zu berichten.
- Der Stadtrat Merzig fordert auch die anderen saarländischen Kommunen auf, dem Vorbild der Stadt Merzig zu folgen, um eine möglichst große Flächenwirkung zu erreichen.
- Der Stadtrat Merzig macht Land und Bund darauf aufmerksam, dass Maßnahmen zur Förderung der Biodiversität auf kommunaler Ebene unter den derzeitigen Rahmenbedingungen (Landwirtschaftspolitik, Forstpolitik, Jagdpolitik etc.) erschwert werden.
- Der Stadtrat Merzig fordert auch die städtischen Beteiligungen dazu auf, sich verstärkt mit ihren Möglichkeiten den Zielen für mehr Biodiversität auseinanderzusetzen und dem Stadtrat dazu jährlich Bericht zu erstatten.

Auch hier gelte, dass Großes immer im Kleinen entstehe. Insofern bitte er um Unterstützung der Resolution.

Ratsmitglied Auweiler erklärt für die CDU-Fraktion, dass man viele Punkte, die der Antragsteller vorgetragen habe, mittragen könne. Das erkenne jeder; die CDU habe auch viele Aktionen mit der Stadt zusammengemacht oder eigene Aktionen durchgeführt. Aber diese Resolution gehe seiner Fraktion nicht weit genug; sie wolle das Ganze auf eine etwas breitere Basis stellen. Und deshalb stelle er vorab den Antrag zur Geschäftsordnung, diesen Tagesordnungspunkt zu vertagen.

Die in der Resolution richtig aufgezeigten Dinge sowie die Veränderungen, die auch hier in der Stadt erreicht werden sollen, wolle die CDU-Fraktion zuerst mal im Stadtrat, der sich am 13. August neu konstituiere, beraten. Aber wenn man im Bereich Umweltschutz unterwegs sei, müsse man nicht nur die politischen Gremien oder Unternehmen, sondern viele mitnehmen. Er habe die Erfahrung gemacht, dass beim Artenschutz - sei es jetzt im tierischen oder pflanzlichen Bereich - nur Akzeptanz vorhanden sei, wenn man Menschen mitnehme. Das fange in Afrika an, aber auch in Deutschland seien viele Projekte nach vorne gekommen, wenn man alle Beteiligten an einen Tisch hole und diese auch mit der Materie befasse. Das heiße, die Bürger, die Vereine, die Landwirte – alle müssten dazu beitragen, dass ein sehr gutes Gesamtkonzept auf den Weg gebracht werde, was in Gänze unterstützt werde.

Dies bedeute aufgrund des Umfangs, den er dargestellt habe, dass eine Vorberatung auf jeden Fall zweckmäßig sei; der eine oder andere aus den Fraktionen werde sich mit Sicherheit mit der Materie befasst haben, aber die CDU wolle eine breite Basis bilden.

Das heiße, man müsse auch darauf aufmerksam machen - da gebe er dem Antragsteller vollkommen Recht - dass man viele Lebensräume verloren habe. Dies könne man vor allen Dingen, wenn man sich mit den lebensälteren Naturliebhabern unterhalte, sehr deutlich feststellen. Diese Lebensräume müsse man mit Akzeptanz auch wieder zurückgewinnen. Das heiße, die Kulturlandschaft, wie man sie kennengelernt habe, müsse natürlich auch bewirtschaftet werden, damit diese Artenvielfalt erhalten bleibe. Diese Dinge müsse man mit Sicherheit dann auch aufzeigen und zusammen beraten.

Aber es trage natürlich auch zur Wahrheit bei, wenn man über Artenschutz spreche, natürlich auch über erneuerbare Energien zu sprechen und da müsse man sich natürlich

auch fragen, wie man mit Windenergieanlagen im Wald umgehe.

Da würden mit Sicherheit auch Grundlagen zerstört, die Meinung der CDU sei da eindeutig dagegen gewesen.

Auch die Frage, wie man mit Bioerdgasanlagen umgehe, stelle sich. Oder wolle man doch Anreize schaffen, blühende Landschaften zu haben, zumindest in dem Bereich, wo die Stadt Einfluss darauf habe.

Das heiÙe, auch diese Dinge, die von anderen politischen Mitbewerbern auf den Weg gebracht worden seien, hätten Auswirkungen auf die Artenvielfalt. In Bayern habe es ein Volksbegehren gegeben. Dort habe man es geschafft, mit allen Beteiligten und nicht nur mit Einzelpersonen zu einer fairen Kompromisslösung zu kommen und es seien im Gesetzgebungsverfahren mehr Verbesserungen als beim ursprünglichen Volksbegehren eingetreten.

Viele Dinge seien noch zu klären. Auch der Punkt Bewertungskriterien: solle ein Verwaltungsmitarbeiter entscheiden, ob eine Maßnahme gut, schlecht oder neutral sei. Die maßgebenden Bewertungskriterien sollten ebenfalls mit einem strengen Maßstab zusammen erarbeitet werden.

Die CDU-Fraktion wolle diesen Weg mitgehen, die Verbände, die Vereinigungen und die Bürgerschaft mitnehmen und zwar über die Idee eines Einzelnen hinaus.

Bürgermeister Hoffeld weist darauf hin, dass aufgrund des Vertagungsantrages von Ratsmitglied Auweiler (CDU) nunmehr jede Fraktion – mit Ausnahme der CDU, die schon gesprochen habe - noch die Möglichkeit habe, zum Thema zu sprechen.

SPD-Fraktionssprecher Klein erklärt, dass sich die SPD-Fraktion dem Vertagungsantrag anschlieÙe. Seine Fraktion habe sich sehr intensiv mit der Thematik beschäftigt, mit dem wichtigen Thema, das ja weltweit momentan Furore mache. Und deswegen brauche man Zeit, um dem neuen Stadtrat, den neuen Fraktionen in den Ausschüssen die Gelegenheit zu geben, sich in das Thema einzuarbeiten. Er habe sich den Bericht mit insgesamt 52 Seiten angeschaut. Er sehe viel Ähnlichkeit mit der Resolution in dem Bericht, es seien viele Ähnlichkeiten aufgetaucht. Grundsätzlich sei die Idee richtig und seine Fraktion wolle sich intensiv mit dem Thema auseinandersetzen. Er mache im Namen der SPD-Fraktion darauf aufmerksam, dass diese Punkte in der Resolution, rechtlich und fachlich hinsichtlich der Umsetzung nicht abgesichert seien. Wenn die Stadt Vorreiterin sein solle, müssten das Fachwissen und die rechtliche Sicherheit vorhanden sein, ob die Stadt berechtigt sei, Leuten bei der Gestaltung von Pachtverträgen Vorgaben zu machen, und ob dies finanzielle oder personelle Auswirkungen habe. Deshalb müsse man der Sache auf den Grund gehen und dann eine Basis schaffen, auf der der Stadtrat bzw. die Stadtverwaltung Entscheidungen treffen könne. Zum jetzigen Zeitpunkt sei keine Entscheidung möglich. Die SPD spreche sich dafür aus, das Thema im neuen Stadtrat einzubringen. Darüber hinaus bitte die SPD die Verwaltung, einen Antrag an den Städte- und Gemeindetag zu formulieren, damit dieser allen Kommunen im Saarland einheitliche Grundlagen und Bedingungen, die fachlich fundamentiert und rechtlich abgesichert seien, als Werkzeug zur Hand gebe, damit diese in Punkto Artenschutz Entscheidungen treffen könnten. Er glaube, dass dies der richtige Weg sei, um das Thema gemeinsam auf eine breite Basis zu stellen. Die SPD-Fraktion unterstütze den Artenschutz in jeglicher Form und trage den Vertagungsantrag mit.

Ratsmitglied Bies (FWM) merkt an, dass er aufgrund seiner 40-jährigen Tätigkeit in der Landwirtschaft viele Erfahrungen gemacht habe. In der Artenvielfalt, die immer mehr zerstört werde und rückläufig sei, habe sich ein Problem ergeben. Es gebe auf der einen Seite die intensive und auf der anderen Seite die extensive Bewirtschaftung. Die intensive sei oft so extrem, natürlich dadurch bedingt, dass Landwirte etwas erwirtschaften müssten. Bei der extensiven Bewirtschaftung würden viele Arten, Pflanzen und Insekten keinen Lebensraum finden. Aber auf der anderen Seite gebe es auch viele Flächen, die einfach verwildern und verkommen, die vielleicht nochmal mehr auf natürliche Art bewirtschaftet werden sollten. Dann würde auch diese extensive Bewirtschaftung nicht mehr so im Vordergrund stehen. Diesen Ausgleich sollten wir vielleicht mal mehr ins Auge fassen und Lösungen finden. Unter

Umständen habe man dann auch eine Lösung, um das Artenvielfaltsterben zurückzudrehen.

Der Bürgermeister hält fest, dass es sich um ein wichtiges Thema handele, dem man sich als Stadt Merzig annehmen müsse. Die Verwaltung habe sich im Vorfeld der Sitzung mit der Thematik auseinandergesetzt. Unter anderem könnte die Stadt als einzige und erste Stadt im Saarland die Deklaration biologische Vielfalt in den Kommunen unterzeichnen oder dem interkommunalen Bündnis für die biologische Vielfalt beitreten. Wichtig sei, dass die Stadt Merzig ihres tue und auch andere begeistere, dem zu folgen.

Der Vorsitzende stellt fest, dass alle Fraktionen die Möglichkeit gehabt hätten, sich zu Wort zu melden. Insofern lasse er nunmehr über den Vertagungsantrag der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Der Antrag wird vertagt. Es erfolgt zunächst eine Vorberatung im Ausschuss für Klima, Umwelt, Stadt- und Stadtteilentwicklung.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen	Nein-Stimmen	Enthaltungen
27	2	2

10 Mitteilungen, Anfragen und Anregungen

Ratsmitglied Dorbach (CDU) erklärt, dass es in den letzten Wochen und Monaten vermehrt Beschwerden über die Verkehrs- und die Parksituation in den Stadtteilen gegeben habe. Zwischenzeitlich habe die Verwaltung darauf reagiert und der kommunale Ordnungsdienst sei aktiv gewesen, auch in den Stadtteilen, insbesondere auch in Hilbringen an der Schule. Wenn er auch wisse, dass jetzt der eine oder andere darüber nicht besonders glücklich gewesen sein werde, wolle er sich trotzdem dafür bei den eingesetzten Mitarbeitern des kommunalen Ordnungsdienstes bedanken. Was er persönlich gesehen habe an der Schule, habe von ganz besonderem Fingerspitzengefühl und Einfühlungsvermögen gezeugt, indem die Mitarbeiter sehr gefühlvoll auf die Verkehrsteilnehmer zugegangen seien, die Verkehrsteilnehmer auf Fehlverhalten hingewiesen hätten und zwar ohne gleich die finanzielle Brechstange rauszuholen. Das sei ein sehr professionelles Verhalten und Vorgehen gewesen und zeige ihm, dass ganz offensichtlich die richtigen Personen ausgewählt und ausgebildet worden seien, als der Rat sich damals entschieden habe, den kommunalen Ordnungsdienst zu verstärken.

Ratsmitglied Lorenz (SPD) erklärt, am Ende einer Zeitschiene stehe meistens der Versuch, Wogen zu glätten, sofern diese zuvor etwas zu hoch geschwappt sein sollten. Diesen Versuch wolle er heute ebenfalls unternehmen. Er sei Dipl. Verwaltungswirt und habe sowohl seine Ausbildung als auch seinen Dienst in einer Vollzugsverwaltung abgeleistet. Währenddessen habe er auch berufsbedingt mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der allgemeinen Verwaltung zusammengearbeitet. Für beide Organisationsformen würden die gleichen Vorschriften gelten, d.h. alle seien an Recht und Gesetz gebunden. Allerdings habe sich ihm gelegentlich der Eindruck aufgedrängt, dass es in Einzelfällen unterschiedliche Rechtsauslegungen zu geben scheine. Dies habe bei ihm eine gewisse Skepsis hervorgerufen, die in seinem ehemaligen Beruf allerdings immanent angebracht erschien. Diese Einstellung verstärkte sich schließlich noch durch ein Buch, das er zu lesen versucht

hatte. Versucht deshalb, weil er es vor dem Ende zur Seite hätte legen müssen. Der Inhalt dieses Buches habe nämlich bei weitem seine Vorstellungsgabe überstiegen, von der er bis dahin geglaubt hatte, sie sei allumfassend. Das Buch trägt den Titel: „Korrupt?“ Es sei geschrieben von einem Enthüllungsjournalisten und werde wie folgt untertitelt: „Wie unsere Politiker und Parteien sich bereichern - und uns verkaufen.“ Wenn die Anwesenden dieses Buch, das er als Lektüre empfehlen wolle, gelesen haben, würden sie seine Skepsis nachvollziehen und verstehen können. Sollte er dabei über das Ziel hinausgeschossen sein, bitte er dies vielmals zu entschuldigen. Ratsmitglied Lorenz (SPD) überreicht ein Exemplar des in Rede stehenden Buches an den Bürgermeister und weist darauf hin, dass der Inhalt des Buches vielleicht die eine oder andere Skepsis erkläre, falls er über das Ziel hinausgeschossen sei, wofür er sich nochmals entschuldigen wolle.

Ratsmitglied Grauer (Piraten) moniert, dass das Straßenschild in Merchingen immer noch fehle. Darauf habe er schon zwei Mal im Ortsrat und ein Mal im Stadtrat hingewiesen. Darüber hinaus bitte er um Mitteilung, wie oft die Abfallbehälter an den einzelnen Standorten in Merchingen geleert werden. Fachbereichsleiter Gasper sagt eine diesbezügliche Information im Nachgang zur Sitzung zu.

Ratsmitglied Grauer (Piraten) weist auf ein Schild am Ende des Kilometerweges zum Artenschutz hin, auf dem stehe, dass Füchse, Kaninchen und Wildschweine ganzjährig gejagt werden könnten, was falsch sei. Ressortleiter Schreiner vermutet, dass es sich um ein Schild handelt, das eingangs des Bietzerbergers stehe, wo Bänke stünden, von denen aus man auf die Windräder blicke. Er sagt eine Prüfung zu.

Ratsmitglied Grauer (Piraten) erklärt, dass es oberhalb oder unterhalb der Mutter Gottes viel Bärenklau gebe. Der Bürgermeister sagt zu, den Baubetriebshof damit zu beauftragen.

Auf die Frage von Ratsmitglied Grauer (Piraten), wann die Geschwindigkeitsanzeigen angeschafft würden, die im Flyer der CDU erwähnt gewesen seien, antwortet der Vorsitzende, dass darüber erst im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen werden müsse.

Mit Blick auf die von Ratsmitglied Grauer (Piraten) erwähnten Wahlplakate, die noch nicht abgehängt seien, bittet der Bürgermeister darum, die Standorte konkret mitzuteilen.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) bringt sein Bedauern zum Ausdruck, dass die CDU-Fraktion eine allgemeine Absichtserklärung zum Thema Biodiversität nicht gefolgt sei. Er habe sich das eigentlich als kleines Signal für den nächsten Stadtrat gewünscht. Zum Thema „Weingarten“ bittet er um Information, was dort nunmehr getan werde und für welchen Zeitraum, da davon abhängen, wie zukünftig oder wann der Gustav-Regler-Platz umgestaltet werden soll. Da bitte er jetzt um ein paar Informationen, was dort noch geplant sei. Das Jetzige scheine ja nur der Anfang zu sein und wenn es dort schöner und besser werde, sei das ja zu begrüßen.

Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) spricht den Zustand der Toilettenanlagen im Bereich des neugestalteten Stadtparks an. Bei seinen bisherigen Besuchen sei die Toilettenanlage entweder geschlossen oder verdreckt gewesen. Sofern sie geöffnet gewesen sei, habe es wie auf einer Rasthoftoilette der schlechteren Art ausgesehen. Vor diesem Hintergrund bitte er um Prüfung, wie die Reinigungsintervalle so gestaltet werden könnten, dass es keine Zumutung sei, diese Toiletten zu betreten.

Ferner liege ihm mit Blick auf den Stadtpark ein Schreiben der Verwaltung vor zur Verschraubung der Stromleitungen an den Bäumen. Dort sei mitgeteilt worden, dass die Stromleitung jährlich in der Wachstumsphase gelöst werde. Damals seien vom Hersteller diese Klammern press angezogen worden; das heiße, die Klammern befänden sich jetzt schon teilweise in der Rinde. Deswegen bitte er darum, schon dieses Jahr – man befinde

sich mitten in der Wachstumsphase - alle Schrauben so zu lösen, dass die Klammern nicht einwachsen.

Bürgermeister Hoffeld entgegnet, dass es im Prinzip nur zwei Möglichkeiten gebe, wie das Problem der Toilettenanlage gelöst werden könne. Entweder man appelliere an die Vernunft der Nutzer oder man sperre die Toiletten dauerhaft zu. Teilweise seien die Toilettenanlagen bereits zehn Minuten nach einer Reinigung wieder verschmutzt. Er hoffe, dass man dieses Problem in den Griff bekomme, aber eine hundertprozentige Lösung gebe es leider nicht. Zum Thema Weingarten erklärt der Vorsitzende, dass der Gustav-Regler-Platz frühestens im nächsten Jahr angegangen werden könne, da erst für das kommende Jahr Gelder eingestellt werden könnten. Ziel sei, den Gustav-Regler-Platz mit mehr Leben zu füllen. Der Weingarten sei jetzt ein erster Testversuch.

Im Hinblick auf den von Ratsmitglied Borger (B90/Die Grünen) angesprochenen, vertagten TOP äußert Bürgermeister Hoffeld die Hoffnung, dass Verwaltung und neuer Rat gut zusammenarbeiten werden, dass es ein gutes Miteinander gebe, was er teilweise in der laufenden Amtszeit vermisst habe. Er wolle die Gelegenheit nutzen und sich bei allen bedanken, die heute zum letzten Mal als Ratsmitglied eine Stadtratssitzung besuchen, die sich seit fünf Jahren, teilweise auch länger, eingesetzt und ehrenamtlich für die Stadt Merzig engagiert hätten.

Fraktionssprecher Morbe (FWM) teilt mit, dass die Oppositionsparteien sich entschieden haben, die heutigen Sitzungsgelder für die Merziger Tafel zu spenden.